

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2944/2010**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 02.03.2010

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Be -/10 23
Verfasser/-in: Renate Schlotmann

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Berichtsantrag zu den Zielen der Stadtwerke in der Energiepolitik
- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.03.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen möge die Stadtwerke Gießen bitten, noch vor den Sommerferien zu berichten, welche Ziele die Stadtwerke Gießen in ihrer Energiepolitik verfolgen und welchen Beitrag sie im Rahmen der Klimaschutzdebatte leisten können und wollen. **Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen:**

- Ist ein Ausbau der Energieberatung geplant?
- Welcher Beitrag zur Energieeinsparung kann durch Contracting- Modelle erbracht werden bzw. wird bereits erbracht?
- Ist ein Ausbau der Eigenstromerzeugung durch den Einsatz regenerativer Energiequellen geplant?
- Gibt es Planungen für den weiteren Bau von Blockheizkraftwerken? Wenn ja, mit welchen Primärenergien sollen sie betrieben werden?
- Gibt es Pläne für den Ausbau des Fernwärmenetzes und für den Einsatz weiterer Primärenergien zur Nutzung des Fernwärmenetzes?
- Kann auf der Stromeinkaufsseite eventuell durch entsprechende Auswahl des Anbieters der Anteil der eingesetzten Energie aus regenerativer Erzeugung gestärkt werden (Beispiel Kassel)?
- Sind Vorhaben geplant, in die Stromerzeugung zu investieren, wie es andere Stadtwerke teilweise gemeinsam im Bereich der Windenergie beabsichtigen?

- Gibt es andere Maßnahmen der Stadtwerke, die diesen Zielen dienen?“

Begründung:

Angesicht der Klimadiskussion erübrigt sich eine Begründung des Antrags weitgehend. Die Stadtwerke Gießen bedeuten für die Stadt Gießen eine nicht unerhebliche Möglichkeit die Art der Energieerzeugung zu beeinflussen, die genutzt werden sollte. Insbesondere kommunale Unternehmen müssen hier eine Vorbildwirkung erbringen.

Renate Schlotmann